

Tagungen

UN-Umweltkonferenz in Stockholm vom 5. — 16.6.1972

In Stockholm wurden vor allem diejenigen enttäuscht, die davon ausgingen, daß es lediglich eines technischen Verständnisses und eines „Ärmelaufkrepelns“ bedürfe, um die verschiedenen Verschmutzungsarten rasch mit einigem Geldaufwand zu beseitigen — hatten sich diese doch einen konkreten, festverbindlichen Arbeitsauftrag von Stockholm erhofft, mit dem die Welt schnell zu reinigen wäre. Diesen sogenannten „Umweltaktivisten“ muß die Deklaration und das Aktionsprogramm, von 1200 Experten und Politikern, nach hartem Ringen in Stockholm erarbeitet, zu schwach und weit-schweifig vorkommen.

Doch diese Skepsis gegenüber den Ergebnissen der Umweltkonferenz ist nicht angebracht, da mit dem jetzt gemachten Anfang durchaus die globale Arbeit aufgenommen werden kann. Wenn auf die Verwirklichung vieler Empfehlungen wegen der langwierigen Forschungsarbeit noch Jahre gewartet werden muß, so wurde durch Stockholm eine umfassende Basis für alle weiteren Umweltbemühungen geschaffen.

Eine weitere wichtige Erkenntnis bezogen die „Umwelttechnokraten“ aus Stockholm: daß es die Industrieländer trotz hoher Technologie allein nicht mehr schaffen werden, die von ihnen selbst verursachte Verschmutzung abzubauen. In Zukunft kann diese Frage ohne eine ernst zu

nehmende Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern nicht mehr isoliert gelöst werden. Zur Zeit werden diese Länder nicht den Verdacht los, daß der Umweltschutz für die Industrieländer nur ein Alibi darstellt, durch den die Entwicklungsländer einen Morgenthauplan oktroyiert bekommen sollen, der sie für alle Zukunft zu Agrarländern mit Museums- und Naturparkcharakter degradiert.

Unter Führung der Chinesen erzwangen die Entwicklungsländer gegen den Willen der Industrieländer und der Konferenzleitung eine erneute Grundsatzdebatte über die Erklärung zur menschlichen Umwelt. Diese Erklärung war schon Monate vorher von einer UN-Entwurfsgruppe erstellt worden, beinhaltete jedoch nach Ansicht der Entwicklungsländer noch nicht ausreichend die grundlegenden Interessen der Dritten Welt. Sie erreichten auch ihr Ziel durch die Hinzufügung eines Passus in Artikel 1 der Deklaration, in dem „Rassendiskriminierung, kolonialistische Ausbeutung und andere Formen ausländischer Herrschaftsausübungen“ untersagt wurde.

Die Konferenz entwickelte sich zeitweise zum Entsetzen der anwesenden Umwelttechnokraten zu einem Vietnam-Tribunal gegenüber der USA-Kriegführung in Südostasien. Wenn der Wahlkampf in den USA nicht bevorstünde, wäre die amerikanische Delegation ob dieser Anklage tief gekränkt wieder abgereist. Sie war der Ansicht, in Stockholm sollte nur über die biologischen und technischen Zusammenhänge des Umweltschutzes, nicht aber über die politischen Zusammenhänge gesprochen werden.

Die für uns sichtbaren und konkreten Ergebnisse der 1. UN-Umweltkonferenz liegen in der am letzten Konferenztag nach heftiger Kontroverse doch noch gebilligten *Deklaration über die menschliche Umwelt* und in dem schon in den Vortagen verabschiedeten *Aktionsprogramm* mit rund 250 Empfehlungen vor. Auch wenn diese beiden UN-Dokumente den beteiligten Staaten gegenüber keine Gesetzes- oder Vertragskraft besitzen, so wird dieses Programm jeden einzelnen Staat wiederum aus moralischen und auch fachlichen Gründen binden. Diese Deklaration ist eine Art „UNO-Charta des Umweltschutzes“ und kann, wenn sie im Herbst 1972 von der UN-Vollversammlung verabschiedet wird, mit der „UNO-Charta für die allgemeine Menschenrechte“ verglichen werden.

Die *Deklaration über die menschliche Umwelt* besteht aus einer allgemeinen „Feierlichen Erklärung“ mit sieben Abschnitten und den „Grundsätzen“ mit 26 Paragraphen. In der „Feierlichen Erklärung“ (Präambel) werden die Grundrechte des Menschen auf eine Umwelt beschrieben, die es dem einzelnen erlauben soll, sein Leben in „Würde, Freiheit, Gleichheit und Wohlfahrt“ zu führen. Zu diesem Zweck sei es notwendig, die menschliche Umwelt zu schützen und das Leben kommender Geschlechter zu sichern. Im einzelnen wird hervorgehoben, daß die Reinhaltung von Wasser, Luft und Erde sowie der Schutz der Fauna und Flora gewährleistet werden muß. Auch wird von einer maßvollen Rohstoffausbeutung und einer dem natürlichen Kreislauf angepaßten Giftstoffanwendung gesprochen. Zwischen den Zeilen dieser Präambel ist auch die Mitarbeit der Entwicklungsländer sehr deutlich herauszulesen. China steuerte u. a. auch einen recht ansprechenden Satz bei, und zwar: „Von allen Dingen dieser Welt sind die Menschen das Kostbarste.“

Während die „Feierliche Erklärung“ relativ schnell verabschiedet wurde, ergaben sich bei der Abfassung der 26 „Grundsatz-Paragraphen“ heftige Meinungsverschiedenheiten. Es gelang den Chi-

nesen zwar nicht, die Verdammung der kapitalistischen Industrieländer als Hauptverursacher der Umweltverschmutzung in die Grundsatzparagraphen miteinzuarbeiten, es ist jedoch eindeutig ihr Verdienst, eine einheitliche Interessenvertretung der Entwicklungsländer so weit herbeigeführt zu haben, daß der scheinbar unantastbare Deklarations-Entwurf doch noch in wichtigen Fragen geändert wurde und wesentliche Bedürfnisse der Entwicklungsländer dort angesprochen werden.

Die 26 Grundsätze gehen davon aus, daß jeder Mensch ein „fundamentales Recht auf Freiheit und auf angemessene Lebensbedingungen in einer Umwelt, die so beschaffen ist, daß sie ein Leben in Würde und Wohlergehen ermöglicht“ habe (1. Grundsatz). Zur Erhaltung der natürlichen Umwelt, nicht nur für die heute lebenden Menschen, sondern auch im Hinblick auf zukünftige Generationen, bedürfe es der sorgfältigen Planung und Lenkung der Ressourcen. Forschung und Entwicklung auf dem Gebiete der nationalen und internationalen Umweltprobleme müssen in allen Ländern gefördert werden, besonders in den Entwicklungsländern. In diesem Zusammenhang müsse die ungehinderte Weitergabe aktueller wissenschaftlicher Informationen und Erfahrungen unterstützt und gefördert werden, um eine Lösung der Umweltprobleme zu erleichtern (Grundsatz 20).

In rund einem Drittel der Grundsätze werden die besonderen Probleme der Entwicklungsländer angesprochen, etwa in Nr. 11, wo es heißt: „Die Umweltpolitik aller Staaten sollte das derzeitige und künftige Entwicklungspotential der Entwicklungsländer fördern und nicht negativ beeinflussen.“ Es klingt an, daß nicht zuletzt auch die Zahlung gerechterer Preise für die Rohstoffe der Entwicklungsländer dazu beitragen kann, daß diese ihre Umweltproblematik bewältigen können. Kurzum: der Möglichkeit, daß die Industriestaaten ihre natürliche Umwelt auf Kosten der unterentwickelten Länder ebenso rücksichtslos durchsetzen wie sie ehemals ihre Indu-

strialisierung vorantrieben, soll beizeiten ein Riegel vorgeschoben werden.

Das zweite sichtbare Ergebnis der Konferenz lag in der Verabschiedung des *Aktionsprogrammes*, das den Rahmen für drei Bereiche darstellt:

1. die Erdwacht — Identifizierung und Abschätzung der Umweltprobleme;
2. unterstützende Aktivitäten — Ausbildung und Information;
3. Umwelt-Management — Verwirklichung des Umweltprogramms.

Die Vielfalt der auf der Konferenz behandelten Themen wird aus dem Aktionsprogramm mit seinen Einzelempfehlungen, gerichtet an den Generalsekretär der UN, sichtbar.

In sechs Fachausschüssen kamen die Experten zu Wort:

1. Planung menschlicher Siedlung und Umweltprobleme;
2. Erziehungs-, soziale und kulturelle Aspekte der Umweltpolitik;
3. Umweltaspekte der Nutzung natürlicher Hilfsquellen;
4. Entwicklungshilfe und Umweltpolitik;
5. Identifizierung und Kontrolle der Schadstoffe;
6. internationale organisatorische Auswirkungen der Konferenzbeschlüsse.

In den Empfehlungen wurde unter anderem die Errichtung eines weltweiten Kontrollsystems mit 100 Kontrollstationen vorgeschlagen. 10 von diesen Stationen sollen die Fernwirkungen von Umweltverschmutzungen untersuchen. Eine Datenbank soll schädliche Chemikalien und deren Abfälle registrieren und radioaktive Abfälle überwachen. Ebenso sollen die zur Ernährung 15 wichtigsten Pflanzenarten in einer Genenbank konserviert werden. Noch in diesem Jahre wird eine Konvention, die die Versenkung schädlicher Stoffe auf dem Meeresboden regelt, unterzeichnet.

Das Aktionsprogramm fordert neben der Bekämpfung der Verschmutzung im engeren Sinn auch die Erhaltung der minimalen Umweltverhältnisse für den Menschen, wie Wohnung, Arbeit und wichtigste biologische Güter, wie Freiheit von Seuchen und Naturkatastrophen, Versorgung mit Wasser, Nahrung und „sauberer“ Energie. Die Lösung dieser nicht unüberwindbar erscheinenden Schwierigkeiten soll durch internationale Programme an sogenannten „Umweltverbesserungsgebieten“ erprobt werden, deren Größe von Häuserblocks bis zu Regionen reichen kann. Die dazu erforderlichen Mittel sollen aus dem noch zu gründenden Umweltfonds kommen.

Empfehlungen dieser Art dringen aber nicht bis zu den Ursachen der zunehmenden Verelendung in den Entwicklungsländern durch. Es muß von uns die Frage gestellt werden, ob den wachsenden Massen Hungernder in den Entwicklungsländern durch diese punktuellen Einzelmaßnahmen des Aktionsprogramms wirklich geholfen werden kann. Auch muß davor gewarnt werden, daß die Erfüllung dieser Programmpunkte zu einer „Selbstbefriedigung“ der Industrieländer führt. Die Stockholmer Ansätze sollen vielmehr zu auslösenden Initialzündungen für einen fortschreitenden Humanisierungsprozeß in den Ländern der Dritten Welt werden und verändernde Kräfte entwickeln.

An das allgemeine Umweltbewußtsein kommender Generationen wurde ebenfalls in den Empfehlungen gedacht. Auf breiter Front und auf lange Sicht soll in allen Bildungseinrichtungen durch Schulungen die Kritikfähigkeit gestärkt und vor allem das interdisziplinäre Wissen gefördert werden.

Die Kontrolle und Durchführung des Aktionsprogramms von Stockholm und die laufende Koordinierung aller Umweltschutzprogramme der schon bestehenden UN-Spezialorganisationen wird Aufgabe des UN-Umweltmanagements sein, bestehend aus dem Gouverning Council, einem Sekretariat und dem UN-Umweltfonds. Der Gouverning Council als Aufsichtsgre-

mium wird sich aus 54 Mitgliedern, die nach der UN-Standardformel (gleiche geographische Auswahl) ermittelt werden, zusammensetzen. Die entsprechende Nominierung wird im Herbst in der Vollversammlung vorgenommen. Die BRD-Delegation hatte im Konferenzverlauf noch die Hoffnung gehegt, durch eine verbindliche Zusage zur finanziellen Beteiligung am UN-Umweltfonds einen Sitz im Rat zu erhalten. Gegen eine Stimmverteilung auf dieser Basis wandten sich jedoch die Entwicklungsländer generell, da sie dann mit Recht eine Unterrepräsentation befürchteten. Auf Grund der hohen Mitgliederzahl (54) kann die BRD doch noch berechtigt annehmen, daß sie im Rat einen Sitz erhalten wird.

Im Zusammenhang mit den Fragen des Umweltschutzes stellten die Entwicklungsländer an die Industrieländer die Forderung nach finanzieller Hilfe, Überlassung der Umweltschutztechnologie (von Minister *Genscher* in Stockholm zugesagt) und Ausgleichszahlungen für Handelsverluste. Hier muß der inzwischen anerkannte deutsche Delegationsvorschlag zur Kompensationsfrage hervorgehoben werden, der vor allem gegen den heftigen Widerstand der amerikanischen Delegation, aber mit Hilfe der Entwicklungsländer zustande kam. Der Vorschlag sieht vor:

- a) kein Land soll auf Kosten eines anderen Landes seine Umweltprobleme lösen;
- b) die Kompensationsfragen müssen in den zuständigen Gremien behandelt werden;
- c) die Standards sollen harmonisiert werden, damit die Entwicklungsländer Zugang zu den industrialisierten Märkten erhalten.

In Stockholm wehten nicht nur überall die Fahnen der Vereinten Nationen, sondern die Szenerie wurde mit mindestens gleicher Intensität auch von verschiedenen *Alternativ-Konferenzen* beherrscht. Naturfreunde, Kriegsgegner, Wanderfamilien, Städteplaner, Pfadfinder und Meeresfor-

scher zogen zu dem großen Umweltmeeting in den Norden Europas. Um all diesen Gruppen eine Redeplattform zu geben, richtete das UN-Sekretariat ein Umweltforum als sogenannten „Brückenschlag zwischen Wissenschaftlern, Politikern und Öffentlichkeit“ ein. Dort wurde dann auch in Arbeitsseminaren und Plenumsdiskussionen das gesunde Leben beschrieben, über die Fragen der Slums und des Bevölkerungswachstums gesprochen und vor allem sehr leidenschaftlich über die Auswirkungen des Vietnamkrieges auf die Umwelt diskutiert.

Ob aber für die guten Ansätze und Aussagen der „Nichtoffiziellen“ auch nach Stockholm eine Realisierungschance besteht, muß bezweifelt werden, denn der geplante „Brückenschlag“ zwischen engagierten Umweltschützern und Umwelttechnokraten fand in Stockholm trotz der Anwesenheit beider Gruppen nicht statt. Den Delegierten fehlte es mit ganz wenigen Ausnahmen an Gespür und auch an Verlangen, sich mit den „Nichtoffiziellen“ zusammenzusetzen. Ob sich die Fachleute in 15 Jahren noch diese Isolierung leisten können, muß stark bezweifelt werden.

Weil aus Gründen innerdeutscher Zwi- stigkeiten mit Ausnahme von Rumänien der gesamte Ostblock in Stockholm fehlte, wird die Erklärung und das Aktionsprogramm im Herbst in New York noch einmal aus rein kommunistischer Sicht betrachtet werden müssen. Manche Zeile wird sich daher noch ändern. Ohne „Kompromißfreudigkeit“, das zeigte auch Stockholm, kann im Umweltschutz nichts erreicht werden!

In Stockholm wurde dem gewerkschaftlichen Beobachter klar, daß sich die Ansichten zum Umweltschutz in den einzelnen nationalen Gewerkschaften verschieden darstellen. Ihm wurde auch klar, daß die Gefahr besteht, daß übernationale Konzerne die unterschiedlichen Umweltschutzauflagen — zum Nachteil der Arbeitnehmer — bei weiteren Wirtschaftsplanungen ausnützen werden. Es erscheint daher angebracht, daß sich die Gewerkschaften innerhalb des west-

lichen Europa oder auch im erweiterten Rahmen des IBFG zu einer eigenen Umweltkonferenz zusammensetzen. Das Ziel dieser Konferenz und Abstimmung sollte in der Erstellung eines Programmes liegen, das vom Inhalt her zum Bestandteil aller

internationaler Tarifverträge wird und zum Forderungskatalog jeder neuen Tarifverhandlung gehört. — Die Verwirklichung seiner humanen Arbeitsumwelt muß zur gewerkschaftlichen Maxime werden!

Wilhelm Kulke